Gesetzen und die Ausarbeitung von Kompromissen. Mechanismen und Strukturen, die parteiübergreifendes Arbeiten und Initiativen fördern, beruhen nur auf den persönlichen Bemühungen einzelner Abgeordneter und wären nicht institutionell verankert. Die stetig wiederkehrende Gefahr eines *Shut down* verdeutliche die Ineffizienz, die diese Polarisierung mit sich bringt sehr eindrucksvoll.

Auch die Medien spielten eine entscheidende Rolle. Um mehr Aufmerksamkeit und höhere Einschaltquoten oder Klickzahlen zu bekommen, konzentrierten sie sich in ihrer Berichterstattung eher darauf zu provozieren, als sachlich und ausgewogen zu informieren. Besonders im Zeitalter digitaler Medien gehe Schnelligkeit häufig vor Genauigkeit. Eine Vielzahl verschiedener, aber häufig einseitig berichtender Informationsquellen führe ferner zur Bildung von Echokammern, in denen Nutzern nicht mehr mit unterschiedlichen Betrachtungsweisen und einer Meinungsvielfahrt konfrontiert werden. Eine zu große Nähe zwischen Journalismus und Politik verspiele darüber hinaus das Vertrauen vieler Bürgerinnen und Bürger. Ein Wechseln zwischen politischen Ämtern und journalistischen Aufgaben sei häufig problemlos möglich.

John Raidt beobachtet darüber hinaus aber auch kulturelle und soziale Faktoren, die zum Verfall des demokratischen Systems beitragen würden. Um das demokratische System durch Spaltung und Polarisierung zu gefährden, benötige es eine Bevölkerung, die dem nicht viel entgegengesetzt und sich polarisieren lässt oder sogar aktiv zu weiteren Spaltungen beiträgt. So fördere die Nachfrage nach schnellen Nachrichten und Sensationen eine oberflächige Berichterstattung und belohne reißerische Wahlkämpfe. Der große Zynismus, mit dem oft verächtlich auf Politik und Politiker geschaut wird, untergrabe ferner das Vertrauen in das demokratische System und seine Vertreterinnen und Vertreter.

Der Autor belässt es allerdings nicht bei einer genauen Analyse der Faktoren, die den Kern der amerikanischen Demokratie allmählich aushöhlen, sondern gibt den Lesern auch gleich verschiedene, kurze Vorschläge, wie eine Strategie aussehen könnte, mit der diesen alarmierenden Entwicklungen zu begegnen sei. Obwohl diese nur als stichpunktartige Gedanken aufgeführt und nicht näher ausgeführt werden, könnten dies erste, aussichtsreiche Schritte sein, um einen Diskurs zur Kurskorrektur anzustoßen.

John Raidt präsentiert in seinem Strategy Paper einen sehr spannenden Blickwinkel. Die Erosion des politischen Systems und der Demokratie sei auch eine Bedrohung für die nationale, äußere Sicherheit sowie die Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit der USA auf internationaler Ebene. Obwohl er sich dabei explizit nur auf die Vereinig-

ten Staaten bezieht, wäre es sicherlich spannend zu analysieren, inwiefern viele dieser Entwicklungen auch andere liberale Demokratien bedrohen – und wie eine Strategie zur Bewältigung dieser großen Herausforderungen aussehen könnte. Wenn die USA bislang ein weltweites Modell für demokratische Systeme waren, bleibt die Hoffnung bestehen, dass sie nun auch ein Modell für andere liberale Demokratien und ihren Umgang mit diesen Herausforderungen werden könnten.

<http://www.atlanticcouncil.org/publications/reports/whither-america>

Europäische Sicherheit und Verteidigung

Sir David Omand: From Nudge to Novichok. The Response to the Skripal Nerve Agent Attack Holds Lessons for Countering Hybrid Threats. Helsinki: The European Centre of Excellence for Countering Hybrid Threats. April 2018

Besprochen von **Prof. Dr. em. Leo Bamberger**, non-resident fellow, ISPK; E-Mail: bamberger@ispk.uni-kiel.de

<https://doi.org/10.1515/sirius-2018-3012>

Die vorliegende Studie des Hybrid Centre of Excellence, eines gemeinsam von EU und NATO unterhaltenen Thinktanks in Helsinki, befasst sich mit der Frage warum Russland den Anschlag gegen den ehemaligen Geheimdienstagenten Sergej Skripal geplant hat und wie die russische Reaktion auf die öffentlich vorgebrachten Anschuldigungen seitens der britischen Regierung zu verstehen sind. Der Verfasser, David Omand, ist derzeit Gastprofessor am King's College in London und war früher Nachrichtendienstlicher Koordinator im britischen Kabinett und Direktor der Regierungskommunikationszentrale GCHQ, die sich vor allem mit Fernmeldeaufklärung befasst.

Der Anschlag von Salisbury weist für Omand aus zwei Gründen auf Russland als den Urheber. Zum einen sei er ein weiteres, extremes Beispiel für sogenannte *aktive Maßnahmen*, die Russland in der Vergangenheit immer wieder gegen Dissidenten oder frühere eigene Agenten durchgeführt habe, die in Großbritannien oder in anderen westlichen Ländern leben. Die Tatsache, dass dieses Mal der Nervenkampfstoff Novichok angewandt wurde, welcher in Russland entwickelt und produziert worden war und nur dort in dieser Reinheit vorkommen könne, sei ein weiterer Hinweis auf den russischen Staat als Urheber dieses Anschlags. Ziel derartiger Anschläge – von denen der bislang bekannteste derjenige gegen Alexander Litvenko im Jahr 2006 war – sei es, Verunsicherung unter den Dissidenten zu schaffen und vor allem eigene Agenten oder

Mitglieder des russischen Sicherheitsapparates davon abzuhalten die Seiten zu wechseln.

Es gäbe, so Omand, keine alternative Erklärung für diesen Anschlag. Diese Überzeugung habe auch die anderen Mitgliedstaaten der NATO dazu gebracht sich mit Großbritannien zu solidarisieren. Der Verfasser beschreibt die Reaktionen der westlichen Staatengemeinschaft auf das „verbrecherische und rücksichtslose Verhalten der russischen Regierung“ und erklärt die Heftigkeit der Reaktion (Ausweisung von über hundert russischen Diplomaten) damit, dass für Viele der Anschlag von Salisbury der berühmte Tropfen sei, der das Fass zum Überlaufen gebracht habe.

Für Omand ist der Anschlag von Salisbury ein weiteres Beispiel für die hybride russische Bedrohung, der die westliche Welt derzeit ausgesetzt sei. An der russischen Reaktion auf die Anschuldigungen lasse sich zudem ein klares Muster erkennen: Anstatt die Kooperation zu offerieren und zur Klärung der Sachlage beizutragen, habe die russische Regierung nur Aktionen übernommen, die Verwirrung schaffen sollten. Zu diesem Zweck wurden völlig unterschiedliche, sich gegenseitig widersprechende Informationen und Behauptungen gestreut, die die Glaubwürdigkeit der britischen Regierung in Frage stellen sollten. Dabei sei nach dem Muster vorgegangen worden: je abstruser desto wirkungsvoller. Die russische Regierung habe nicht einmal Wert daraufgelegt, selber ein durchgängiges und widerspruchsfreies Narrativ zu produzieren. Dies zeige wie zynisch der Kreml hier vorgegangen sei.

Für den Verfasser folgen daraus zwei Anforderungen an westliche Politik. Zum einen muss man sich auf mehr derartige Anschläge einstellen und größere Resilienzen dagegen entwickeln. Zum anderen muss mehr Aufklärung über die russischen Desinformationskampagnen hergestellt werden. Diese seien zu einem erschreckenden Grad wirkungsvoll gewesen.

<https://www.hybridcoe.fi/publication-tags/working-paper/>

Łukasz Kulesa: Envisioning a Russia-NATO Conflict. Implications for Deterrence Stability. London: European Leadership Network (Euro-Atlantic Security Report), Februar 2018

Besprochen von **Sebastian Feyrock**, AK Junge Sicherheitspolitiker der BAKS, E-Mail: sebastian.feyrock@gmail.com

<https://doi.org/10.1515/sirius-2018-3013>

In dem Bericht *Envisioning a Russia-NATO Conflict: Implications for Deterrence Stability* setzt sich Łukasz Kulesa mit der Frage auseinander, wie ein zukünftiger Konflikt zwischen Russland und der NATO ausbrechen könnte, wie dieser eingedämmt bzw. beendet werden müsste und welche Auswirkungen sich daraus für die strategische Stabilität in Europa ergeben. Als Grundlage des Berichts dient ein gemeinsamer Workshop des European Leadership Networks (ELN) mit dem Center for Security Studies (CSS) im Dezember 2017.

Im Sinne des Berichts definiert Kulesa einen möglichen Konflikt als die Anwendung physischer Gewalt, auf welche die Gegenseite mit der Anwendung von physischer Gewalt oder anderer Mittel reagiert. Diese Definition umfasst den Einsatz von regulären Streitkräften, Spezialeinsatzkräften und „kleinen grünen Männchen“ ebenso wie die Anwendung von Sabotage und Cybermaßnahmen, die physischen Schaden nach sich ziehen. Maßnahmen wie (Des-)Informationskampagnen oder politischer und wirtschaftlicher Druck in Form von Sanktionen bleiben von dieser Definition unberücksichtigt.

Kulesa stellt fest, dass weder die russische Regierung noch das NATO-Bündnis ein Interesse daran hätten, den Konflikt zu suchen und physische Gewalt gegeneinander anzuwenden. Daher ist der Ausbruch eines Konfliktes zwischen beiden Seiten vermeidbar und derzeit unwahrscheinlich. Allerdings erscheint die Gefahr einer unbeabsichtigten Eskalation und eines daraus resultierenden Konfliktes als wahrscheinlicher. Die russische Weltsicht und Gefahrenabschätzung könne zu einem strategischen Fehler bzw. einer Fehlinterpretation von NATO-Handlungen führen und einen Konflikt auslösen, so Kulesa.

Der Autor stellt drei Szenarien dar, in denen Russland den Konflikt mit der NATO suchen könnte: Die wahrgenommene Notwendigkeit eines russischen Präventivschlages, eine innenpolitische Legitimationskrise des russischen Regimes und der unbeabsichtigte Ausbruch eines Konfliktes.

Die Wahrnehmung, dass ein Präventivschlag gegen die NATO notwendig sei, könne unter anderem dann entstehen, sollte die russische Regierung den Eindruck bekommen, der Westen erlange einen bedeutenden strategischen